

# Die Versorgung der Gaststätten.

Von unserem Sonderberichterstatter

Kn Frankfurt a. M., 22. Juni.

Wie schon aus dem kurzen Vorbericht deutlich wurde, ist auch aus der Frankfurter Reichskonferenz, die auf Veranlassung der Verbände des Gaststättengewerbes zusammengetreten war, ein umstürzendes Ergebnis nicht geboren worden. Das einzig Greifbare, der Entschluß, das schon sehr umfangreiche Kriegsernährungsamt noch durch einen Kriegsausfluß für das Gaststättengewerbe zu verstärken, schwebt in der Luft, solange man nicht weiß, ob die Behörden selbst damit einverstanden sind. Darüber aber schwieg sich der Vertreter des Kriegsernährungsamtes aus.

Was die Gasthofbesitzer und die Herbergswäiter in den Bädern und Heilstätten wollen und worüber sie sich beklagen, wurde freilich in dem schönen Saale des Frankfurter Rathhauses sehr erschöpfend gesagt und zum Teil auch sehr derb. Es läßt sich dahin zusammenfassen: die Wirte sehen in den Bestimmungen der verschärfsten Schleichhandelsverordnung eine Ungerechtigkeit gegen ihr Gewerbe; sie wollen nicht mit Buchhaus für etwas bestraft werden, was alle ohne Ausnahme in Deutschland täten, und was den Kriegsbetrieben sogar behördlich erleichtert werde. Sie wünschen ferner dem Zustande ein Ende gemacht zu sehen, daß sie zwar den Mißmut ihrer Gäste durch rücksichtsloses Einfordern der Marken auf sich nehmen sollen, für diese Marken aber dann nicht in vollen Mengen Lebensmittel erhalten. Der Gedanke der Reichsgasthausmarkte, ursprünglich aus den Kreisen der Veteiliten selbst geboren, kann jedoch nach dem Gang der Erörterung in Frankfurt als manfesto angesehen werden. Im Grunde genommen klagen die Gaststättenbesitzer über die Eigenart, die unserem ganzen Ernährungssystem nun einmal anhaftet: daß alle an der zu kurzen Rede zerren — ein Uebel, an dem allein der Krieg schuld ist — daß aber bei den Mißlichkeiten im einzelnen die vielen Behörden gewissermaßen miteinander versted spielen.

Auch diese Versammlung hatte ihren wichtigen Kopf, der trocken verblühende Schlagworte in die Luft hieb. Es war der Homburger Vertreter, Sanitärat Dr. Pariser, der das Elend der kleinen Städte und der Bäder und Kurorte grau in grau schilderte, die die Erholungsbedürftigen mit Milch, Butter und Eiern auspöppeln sollen, ohne daß sie wüßten, woher sie die guten Dinge nehmen sollen. Pariser, der die Bäderorte als die „Lazarette der Zivilbevölkerung“ bezeichnete, prägte von den Kurorten das noch klünerere Wort, sie seien die „Munitionsfabriken der Kraft hinter der Front“, deshalb müßten die Herbergswäiter als Verbraucher und nicht als Verkäufer betrachtet werden. Jetzt seien alle diese Betriebe auf Schleichhandel angewiesen, und nie und nimmer hätten die Behörden die Verschärfung der Schleichhandelsverordnung in dieser Form beschlossen, wenn sie vorher — was nicht geschah — sich mit den Leuten vom Fach unterhalten hätten. Der Schleichhandel wirke geradezu katastrophal. Von den Marken-Lebensmitteln könne kein Mensch in Preußen leben, wohl aber müßten, wenn die ersten Beurteilungen von Gaststätten-Inhabern erfolgten, sehr viele Betriebe einfach schließen. Und was werde dann aus den Stadthaushalten? Würden nicht Hunderte von Millionen von Hypotheken notleidend werden? An dem halbamtlichen „Abfluß“, durch den den Munitionsfabriken, wie man höre, Straffreiheit zugesichert werde, wolle das Gasthausgewerbe keinen Anteil haben. Man verlange klare und leberschneidende Umgrenzungen.

Der Vortrag des Frankfurter Großhändlers Oscar Sommer brachte sicher auch vielen Mitgliedern der Versammlung eine Ueberraschung, als er, nach Ueberprüfung der Ernährungsanträge der Abgeordneten Held, Feater und Köfide, an diesem letzten sehr viel Gutes fand. Man hörte von Sommer, daß man auch in den Kreisen des Gasthausgewerbes zum Teil nicht die Notwendigkeit verkenne, der Landwirtschaft gesehlich auskömmlichere Preise für viele ihrer Erzeugnisse zuzubilligen. Zum Beweise, wie die Kriegsgesellschaften oft nicht mit —, sondern gegeneinander arbeiten, führte Sommer an, früher hätten haatlische Betriebe 64 Pfg. für das Kilo Knochen bekommen und daraus gutes Fett hergestellt, dann aber habe der Kriegsausfluß für Dele und Felle die Fettgewinnung aus Knochen verboten und den Preis von 6 Pfg. für das Kilo Knochen festgesetzt. Aus dem Vortrag des Direktors des statistischen Amtes der Stadt Frankfurt, Busch, der für die von vornherein verlorene Sache der Reichsgasthausmarkte sprach, ist eine Berechnung der Fremden-Verpflegungstage fesseln, mit der eine Großstadt wie Frankfurt etwa zu rechnen hat. Busch zählte zusammen: 200 000 Ortsfremde im Jahre in Frankfurt, die in Hotels und Heimen gemeldet werden, erfordern für jeden 2 Aufenthaltstage gerechnet 600 000 Verpflegungstage. Sonstige Fremde — 20—25 000 täglich — machen weitere 7—8 Millionen Verpflegungstage aus. 10 v. H. der heimischen Bevölkerung sind ebenfalls auf Gaststättenverpflegung angewiesen — macht, bei 30—40 000 Personen weitere 11—12 Millionen Verpflegungstage.

Daß die Regierung auch dieser Tagung, ebenso wie ihren Vorläufern, nur eine recht lächle Anteilnahme entgegenbrachte, nahmen die Versammelten — das wurde mit fortschreitender Tagung immer deutlicher — sehr übel auf, zumal ihr einziger Sprecher, Geh. Oberregierungsrat v. Eynern, auf alle Klagen nur das wiederholte, was er schon früher mehrfach vorgetragen hat. Er gab eine Uebersicht über die gesamte augenblickliche Ernährungslage und stützte sie mit Einzelheiten aus, die öffentlich wiederzugeben unzulässig ist. Vielleicht darf man aber annehmen, daß Herr von Eynern die Verhältnisse etwas trüber dargestellt hat, als sie in Wirklichkeit sind. Denn er wollte wohl vor allem den Versammelten klarmachen, daß das Grundübel eben in der nicht wegzuleugnenden Knappheit an Lebensmitteln überhaupt liege. Im übrigen: der Schleichhandel müsse so scharf wie möglich angepaßt werden, denn sonst käme man ins Uferlose. Wenn dem Bauer 33 Mark für Butter geboten werde, so gehöre eine mehr als menschliche Sittenstrenge dazu, daß er nie der Versuchung erliege, sondern alles für den Höchstpreis an die Behörde abliefern. Die Forderung, daß man die Gaststätteninhaber von der Schleichhandelsverordnung ausnehmen solle, sei rundweg abzulehnen. In Oesterreich — rief Herr von Eynern aus, hat man es immer für richtig gehalten, die Augen zuzudrücken; jetzt ernte man dort die Früchte dieser äußerlich freimüthigeren Art der Kriegswirtschaft. Man merkt dort jetzt etwas vom Kriege, was nicht zu ertragen ist. Wir haben von jeher erheblich etwas vom Kriege gemerkt, aber es ist immer noch erträglich geblieben und wird es auch hoffentlich weiter bleiben. Daß es den Gastwirten so schlecht gehe, glaubt Herr v. Eynern nicht. Wenn Betriebe verschwinden, so wird der Zulauß bei den anderen nur um so größer. Viele müßten sogar recht hübsche Gewinne eingestückt haben (Herr Pariser hatte jedoch vorher erklärt, in den Kurorten und in den Bädern arbeiteten die Küchenfonten überall mit Verlust). Und, bedrängt und erchigt von feindseligen Zwischenrufen, versiegte sich der Vertreter des Kriegsernährungsamtes sogar zu dem hübschen Satz, die Gasthofbesitzer sollten selbst prüfen, wer von den Herbergswäitern wirklich erholungsbedürftig sei, denn noch immer werde viel zu viel gereist.

Danach löste sich der geordnete Nebenstrom in den Plazregen einer ausgebehten und hin und her zudenden Erörterung auf.

Ein Berliner Vertreter erzählt zornbeud, daß man kürzlich wohl einmal den Berliner Gastwirten eine Sonderbelieferung angeboten habe, aber zu Wucherpreisen. Butter für 14,50 M., Rüböl für 6 M. das Pfund. Ein anderer Berliner Redner beklagt sich, daß die Gastwirte zwar nichts bekämen, daß aber z. B. einem bekannten Berliner Vollstückenbetrieb Dinge in erheblichen Mengen zugewiesen würden, die sonst kein Mensch mehr zu sehen bekäme: Reis in Höhe von 60 Ztr., Mohrrüben 60 Ztr., Erbsen 300 000 Ztr. Magistratsrat Dr. Simm-Berlin hebt sehr richtig hervor, daß, wie in allem, so auch in der Belieferung der Gaststätten die Stimmung der Bevölkerung viel mehr unter Ungleichmäßigkeiten und Ungerechtigkeiten lide, als unter der Knappheit an sich, der sich jeder als einem nicht zu ändernden Uebel füge. Nebenher stellte Simm fest, daß der Fremdenverkehr Berlins ebenso groß sei wie der ganz Bayerns. Gegen die Ungleichmäßigkeit rannten denn auch immer wieder Redner an, besonders auch gegen die, die unzweifelhaft in der Versorgung der einzelnen Landesstelle und Bundesstaaten Deutschlands zutage liege.

Das Ergebnis ist: Auch auf der Reichskonferenz der Gaststätteninhaber, an der außer den erwähnten Behörden das preussische Kriegsministerium und das preussische Handelsministerium ebenso wie die Kriegswirtschaftsämter vieler Städte, die Gemeindeverwaltungen Berlins, Elberfelds, Wiesbadens, Breslaus, Dresdens, Stuttgart, Oldenburgs usw. und die Badeverwaltungen von Wiesbaden, Deynhausen, Ems, Baden-Baden, Schlangenbach u. a. teilnahmen, ist man weder über den Schleichhandel, noch über die Frage: Aenderung oder Beibehaltung des herrschenden Systems, einig und klar geworden. Denn obwohl viel und mit Sachkunde über alle diese Dinge geredet wurde, hätte ein Mißhold am Schluß durchaus rufen können: Es lebe der Schleichhandel! Und die Versammelten hätten wahrscheinlich mit erheblichem Gelächter eingestimmt.